



KURZE CHRONIK DER SOWJETGESCHICHTE

(In Klammern die Zeitangabe des gregorianischen Kalenders, der bis zur Einführung des julianischen Kalenders am 1. bzw. 14. Februar 1918 im alten Rußland Gültigkeit besaß)

25. Oktober (7. November) 1917

Erstürmung des Winterpalastes in Petrograd und Verhaftung der provisorischen Regierung (Oktoberrevolution).

26. Oktober (8. November) 1917

Allrussischer Sowjetkongreß. Der «Rat der Volkskommissare» wird als Regierungsorgan geschaffen. Verkündung des Dekrets über die Beendigung des Krieges und des Dekrets über Grund und Boden.

2. November (15. November) 1917

Deklaration über das freie Selbstbestimmungsrecht aller Völker Rußlands.

25. November (8. Dezember) 1917

Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung. Lenins Partei erhält nur neun von 36 Millionen Stimmen.

5. Januar (18. Januar) 1918

Eröffnung des Verfassungskonvents. Proklamation Rußlands zur demokratisch-föderativen Republik.

6. Januar (19. Januar) 1918

Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung durch den Rat der Volkskommissare mit Hilfe roter Truppen.

6. bis 8. März 1918

VII. außerordentlicher Parteikongreß. Umbenennung in Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki), KPR(B).

März 1918

Beginn des Bürgerkrieges. Antibolschewikische Gruppen («Weiße») kämpfen gegen die seit April 1918 von Leo Trotzki geführte Rote Armee.

3. März 1918

Friede von Brest-Litowsk. Verzicht Rußlands auf Livland, Kurland, Litauen, Estland und Polen. Anerkennung Finnlands und der Ukraine als selbständige Staaten.

10. Juli 1918

Konstituierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR).

16/17. Juli 1918

Erschießung der Zarenfamilie durch die Bolschewiki.

18. bis 23. März 1919

VIII. Parteikongreß der KPR(B). Politisches Büro, Organisationssekretariat und Parteisekretariat werden höchste Exekutivorgane.

Winter 1919/20

Trotz Unterstützung durch Alliierte Truppen werden die «Weißen» durch die Rote Armee geschlagen.

April bis Oktober 1920

Russisch-polnischer Krieg. Im März 1921 Friedensvertrag von Riga. Gebietsabtretungen an Polen.

März 1921

Niederschlagung des Matrosenaufstands in Kronstadt durch die Rote Armee. Zuspitzung der politischen und wirtschaftlichen Krise.

8. bis 16. März 1921

X. Parteikongreß der KPR(B). Verbot der innerparteilichen Fraktionsbildung. Entmachtung der Gewerkschaften. Einführung der «Neuen Ökonomischen Politik» (NÖP), Rückkehr zu kapitalistischen Wirtschaftsformen.

3. April 1922

Stalin wird zum Generalsekretär der KPR(B) gewählt.

30. Dezember 1922

I. AUunions-Sowjetkongreß. Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR).

6. Juli 1923

Neue Verfassung der UdSSR wird durch den 2. Allunionskongreß ratifiziert.

21. Januar 1924

Tod Lenins.

Dezember 1924

Stalin verkündet die These vom Aufbau des «Sozialismus in einem Land».

26. Januar 1925

Trotzki wird als Kriegskommissar und Vorsitzender des Revolutionären Kriegsrates abgesetzt.

27. bis 29. April 1925
 XIV. Parteikonferenz der KPR(B). Stalins These vom Aufbau des «Sozialismus in einem Land» wird angenommen.
- Oktober 1926
 Trotzki wird aus dem Politbüro ausgeschlossen.
2. bis 19. Dezember 1927
 XV. Parteikongreß der KPR(B). Ausschluß von Trotzki, Sinowjew, Kamenjew sowie weiterer Oppositioneller aus der Partei.
 Beschluß über Kollektivierung der Landwirtschaft.
- 1928
 Kampagne gegen die Kulaken (Großbauern) und Beginn der Kollektivierung der Landwirtschaft.
18. Januar 1929
 Ausweisung Trotzki aus der UdSSR (1940 im mexikanischen Exil durch einen Agenten Stalins ermordet).
4. März 1930
 ZK beschließt Verlangsamung bzw. Rücknahme der Kollektivierung der Landwirtschaft.
1. Dezember 1934
 Ermordung des Leningrader Parteisekretärs Kirov. Beginn des Stalin-Massenterrors.
- August 1936
 Erster Moskauer Schauprozeß (Prozeß der Sechzehn); neben anderen werden auch Kamenjew und Sinowjew hingerichtet.
6. Dezember 1936
 Die neue Verfassung (Stalin-Verfassung) wird angenommen. Die UdSSR ist nun ein Bundesstaat aus elf Sowjetrepubliken, denen jedoch ein Ausscheiden zugebilligt wird. Höchstes Organ ist der Oberste Sowjet der UdSSR. Der Führungsanspruch der KPdSU wird in der Verfassung verankert.
- Januar 1937
 Zweiter Moskauer Schauprozeß (Prozeß der Siebzehn), dreizehn Todesurteile werden verhängt.
- Juni 1937
 Verhaftung von Marschall Tuchatschewski. Beginn der Säuberungen in der Roten Armee, der drei Marschälle, dreizehn Armeegeneräle und 62 Korpskommandeure zum Opfer fallen.
- März 1938
 Dritter Moskauer Schauprozeß - 18 Todesurteile.
23. August 1939
 Sowjetisch-deutscher Nichtangriffspakt mit zusätzlichem Geheimabkommen (Hitler-Stalin-Pakt) über die Abgrenzung der Interessensphären. Im Juni 1940 werden die baltischen Republiken in die UdSSR eingegliedert.
- September 1939
 Nach dem deutschen Überfall auf Polen besetzen sowjetische Truppen, wie im Hitler-Stalin-Pakt vereinbart, ostpolnische Gebiete.
- November 1939 bis März 1940
 Überfall der UdSSR auf Finnland - Gebietsabtretungen Finnlands.
22. Juni 1941
 Deutscher Angriff auf die Sowjetunion.
- Juli 1942 bis Februar 1943
 Schlacht um Stalingrad. Sieg der sowjetischen Truppen, Zerschlagung der sechsten deutschen Armee.
- 7./8. Mai 1945
 Kapitulation Deutschlands. Die UdSSR verzeichnet 20 Millionen Kriegstote.
- März 1946
 Vierter Fünfjahresplan: zentrale Punkte sind der Wiederaufbau und die Entwicklung der Volkswirtschaft.
- 1949
 Erste Zündung einer sowjetischen Atombombe.
- November 1951
 Proklamierung des allmählichen Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus.
5. März 1953
 Tod Stalins. Das Parteipräsidium der KPdSU übernimmt in kollektiver Führung die Leitung der UdSSR.
17. Juni 1953
 Der Arbeiteraufstand in der DDR wird durch sowjetische Panzer beendet.
- Juli 1953
 Sturz des Innenministers Berija. Die Geheimpolizei wird der Partei unterstellt. Aufhebung von Strafarbeitslagern, Verbannung und Sippenhaft
13. September 1953
 Nikita Chruschtschow wird erster Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU.
8. Februar 1955
 Bulganin löst Malenkov als Vorsitzender des Ministerrats ab.
14. bis 25. Februar 1956
 Geheimrede Chruschtschows auf dem XX. Parteikongreß der KPdSU. Verurteilung von Stalins Personenkult und Machtmißbrauch.
- Juni 1956
 Abdruck des Lenin-Testaments von 1922.

Oktober/November 1956

Der Aufstand in Ungarn wird durch sowjetische Truppen niedergeschlagen.

4. Juli 1957

Chruschtschow erreicht den Ausschluß der parteifeindlichen Gruppe um Malenkow, Molotow und Kaganowitsch.

März 1958

Rücktritt Bulganins - Beginn der Alleinherrschaft Chruschtschows durch die Übernahme des Vorsizes im Ministerrat.

27. Januar bis 5. Februar 1959

XXI. Parteikongreß der KPdSU. Eintritt in die «Phase des entfalteten Aufbaus des Sozialismus». Siebenjahresplan zur Überholung der USA in der Pro-Kopf-Erzeugung.

15. bis 27. September 1959

Chruschtschow besucht die USA.

Mai 1960

Breschnew wird Staatsoberhaupt.

Juni 1960

Ausbruch des ideologischen Konflikts mit der Volksrepublik China. Chruschtschow hält an der Theorie der friedlichen Koexistenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus im atomaren Zeitalter fest und wendet sich gegen die von China vertretene «Zwei-Lager-Theorie».

Oktober 1962

Die Kuba-Krise und die drohende Kriegsgefahr endet mit dem Abzug der sowjetischen Atomraketen aus Kuba.

14. Oktober 1964

Nikita Chruschtschow wird gestürzt. Breschnew wird erster Sekretär des ZK und Kossygin Vorsitzender des Ministerrates.

September 1965

Das ZK-Plenum beschließt Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsleitung und -planung.

29. März bis 8. April 1966

XXIII. Parteikongreß der KPdSU. Wiedereinführung des Politbüros und des Generalsekretärs (Breschnew); teilweise Rehabilitierung Stalins.

August 1968

Einmarsch sowjetischer und anderer Truppen des Warschauer Paktes in der CSSR. Niederschlagung des Prager Frühlings.

März 1969

Gefechte zwischen sowjetischen und chinesischen Truppen am Grenzfluß TJssuri.

30. März bis 9. April 1970

XXIX. Parteikongreß der KPdSU. Vorlage des neunten Fünfjahresplans 1971 bis 1975. Verschärfung der Parteikontrolle im Inneren.

September 1970

Sowjetisch-amerikanisches Einverständnis eines Kernwaffenkrieges.

Abkommen zur Verringerung

22. bis 30. Mai 1972

US-Präsident Nixon besucht Moskau. Das SALT I-Abkommen wird unterzeichnet.

18. bis 25. Juni 1973

Breschnew reist in die USA: Unterzeichnung von Abkommen und Protokollen über Rüstungsbeschränkung, friedliche Nutzung der Kernenergie, Verhinderung eines Atomkrieges, Kultur, Verkehr, Landwirtschaft und Forschung.

November 1974

Treffen Breschnews mit dem US-Präsidenten Ford in Wladiwostok, gemeinsame SALT-Erklärung.

9. Oktober 1975

Der Friedensnobelpreis wird an den sowjetischen Bürgerrechtler und Atomphysiker Sacharow verliehen.

16. Juni 1977

Breschnew wird Staatsoberhaupt.

7. Oktober 1977

Eine neue Verfassung der UdSSR wird verabschiedet. Die Führungsrolle der Partei wird verfassungsrechtlich verankert.

April 1978

Neue Verfassungen für die Unionsrepubliken werden verabschiedet.

26. Dezember 1979

Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan.

Juli 1980

Olympische Spiele in Moskau, die wegen der Afghanistan-Besetzung von über 40 Staaten boykottiert werden.

10. November 1982

Tod Breschnews.

12. November 1982

Andropow wird neuer Generalsekretär.

August 1983

Andropow fordert Wirtschaftsreformen und Kampf gegen die Disziplinlosigkeit.

9. Februar 1984

Tod Andropows.

13. Februar 1984

Tschernenko wird neuer Generalsekretär.

10. März 1985

Tod Tschernenkos.

11. März 1985

Gorbatschow wird zum neuen Generalsekretär der KPdSU gewählt: Beginn einer Kampagne gegen Alkoholmißbrauch, erste Äußerungen zu einem neuen Kurs auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet.

25. Februar 1986

XXVH. Parteikongreß der KPdSU. Gorbatschow kritisiert Korruption, Miß- und Vetternwirtschaft sowie den Bürokratismus.

26. April 1986

Der Atomreaktor von Tschernobyl gerät in Brand.

16. bis 19. Juni 1986

Auf einer ZK-Tagung verlangt Gorbatschow die Umgestaltung der Parteiarbeit und kritisiert die Wirtschaftspolitik.

September 1986

Gorbatschow fordert mehr Transparenz und Offenheit (Glas-nost).

23. Dezember 1986

Sacharow kehrt aus seiner Verbannung in Gorki nach Moskau zurück.

17. Januar 1987

Im Wahlsystem werden Veränderungen angekündigt. Künftig soll eine Wahl zwischen mehreren Kandidaten möglich sein.

27. Januar 1987

Gorbatschow hält auf dem ZK-Plenum ein Grundsatzreferat zur Umgestaltung der Gesellschaft (Perestroika) und zur Kaderpolitik.

11. November 1987

Boris Jelzin tritt als Vorsitzender des Moskauer Stadtpartei Komitees zurück. Er wird auf den Posten eines Stellvertretenden Vorsitzenden im Baukomitee der UdSSR abgeschoben.

18. Februar 1988

Boris Jelzin verliert seinen Status als Kandidat des Politbüros der KPdSU. Er wird Erster Stellvertretender Vorsitzender im Baukomitee der UdSSR.

28. Juni bis 1. Juli 1988

19. Parteikonferenz der KPdSU. Gorbatschow verkündet die Reform des politischen Systems der Sowjetunion.

21. September 1988

Verhängung des Sonderzustandes über die autonome Region Nagornij Karabach und das Gebiet von Agdam (beides in Aserbaidschan).

30. September 1988

Das ZK der KPdSU beschließt weitreichende Personaländerungen, die Gorbatschows Position stärken. Der konservative Gegenspieler Ligatschow verliert sein Amt im Politbüro.

1. Oktober 1988

Gromyko tritt als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet zurück. Nachfolger in diesem Amt wird Gorbatschow.

16. November 1988

Der Oberste Sowjet Estlands verabschiedet eine Souveränitätserklärung.

1. Dezember 1988

Der Oberste Sowjet beschließt mit großer Mehrheit ein Gesetz über die Verfassungsänderungen und das Wahlgesetz. Schaffung zweier neuer Organe: des Kongresses der Volksdeputierten und des Amtes eines Vorsitzenden des Obersten Sowjet.

12. Januar 1989

Nach erneuten blutigen Auseinandersetzungen in Armenien und Aserbaidschan wird Nagornij Karabach direkt den höchsten Organen der UdSSR unterstellt.

15. Februar 1989

Der Truppenabzug aus Afghanistan wird abgeschlossen.

26. März 1989

Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten, der aus 2250 Deputierten besteht. Erstmals treten in einem Wahlkreis mehrere Kandidaten gegeneinander an. Jelzin erhält in Moskau 89,4 Prozent der Stimmen. In den baltischen Staaten setzen sich die Nationalen Volksfronten gegenüber den Kommunisten als stärkste Macht durch.

9. April 1989

In Tiflis gehen Armeeeinheiten (u. a. durch Gaseinsatz) gegen Demonstranten vor, die für die Unabhängigkeit Georgiens eintreten - 19 Personen werden getötet.

(Fortsetzung folgt)

IMPRESSUM

ZEITUNG "ORENBURGER ALLGEMEINE". Reg. Nr. E-0145

Chefredakteur: Andrei Tikhomirov, Redaktion: Olga Mehl, Segrei Frank.

E-Mail: orenburgerallgemeine@narod.ru

Website: <http://gazetavseti.narod.ru/orenburgerallgemeine.htm>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Textnachdruck nur gegen Copyright-Vermerk: Zeitung "Orenburger Allgemeine".